**Der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag in der EU-28 im Jahr 2016 bei 28,1 Prozent bzw. 4.206 Mrd. Euro. Während sich der Anteil in den Jahren 2000 bis 2008 nur leicht veränderte, erhöhte er sich in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 auf 2009 im Euroraum sprunghaft von 26,5 auf 29,3 Prozent und bezogen auf die EU-28 von 25,9 auf 28,7 Prozent. Im Jahr 2016 entsprachen die Sozialschutzausgaben in zwölf EU-Mitgliedstaaten mindestens einem Viertel des BIP – darunter Deutschland auf Rang 9 mit einem Wert von 29,4 Prozent. In zehn der dreizehn Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, beliefen sich die Sozialschutzausgaben im Jahr 2016 auf weniger als 20 Prozent des BIP. Am niedrigsten waren die entsprechenden Werte in Rumänien (14,6 Prozent), Lettland (15,2 Prozent) und Litauen (15,4 Prozent).**

Fakten

Im Rahmen der sogenannten Sozialschutzsysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sollen die Menschen gegen verschiedene Risiken versichert und unterschiedliche Versorgungsleistungen erbracht werden. Die Sozialschutzsysteme beziehen sich auf die Bereiche Krankheit bzw. Gesundheitsversorgung, Invalidität bzw. Gebrechen, Behinderung, Alter, elterliche Pflichten, Tod eines Ehegatten oder Elternteils, Arbeitslosigkeit, Wohnen sowie soziale Ausgrenzung.

Der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag in der EU-28 im Jahr 2016 bei 28,1 Prozent (das entsprach 4.206 Mrd. Euro) und bei den 19 Mitgliedern des Euroraums bei 29,2 Prozent des BIP (3.166 Mrd. Euro). Der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP hat sich bei den 19 Euroraum-Mitgliedern in den Jahren 2000 bis 2008 nur leicht verändert – er lag in dieser Zeit zwischen 25,8 und 26,7 Prozent (2000/2003). Von 2008 auf 2009 erhöhte sich der entsprechende Anteil im Euroraum sprunghaft von 26,5 auf 29,3 Prozent und bezogen auf die EU-28 von 25,9 auf 28,7 Prozent. Diese deutliche Steigerung ist Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009: Während auf der einen Seite die Sozialschutzausgaben stiegen, war auf der anderen Seite das BIP in fast allen EU-Mitgliedstaaten rückläufig. EU-weit lag der Rückgang des BIP von 2008 auf 2009 bei 5,7 Prozent.

Bezogen auf die 28 Mitgliedstaaten der EU sowie auf Norwegen, die Schweiz und Serbien entsprachen die Sozialschutzausgaben im Jahr 2016 in 14 Staaten mindestens einem Viertel des BIP – darunter auch Deutschland mit einem Wert von 29,4 Prozent. Am höchsten waren die Sozialschutzausgaben gemessen am jeweiligen BIP in Frankreich (34,3 Prozent), Finnland (31,8 Prozent), Dänemark (31,6 Prozent) und Österreich (30,3 Prozent). Vor Deutschland standen noch Belgien, Italien, Schweden und die Niederlande mit Sozialschutzausgaben zwischen 29,8 und 29,5 Prozent des BIP.

In zehn der dreizehn Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, beliefen sich die Sozialschutzausgaben im Jahr 2016 auf weniger als 20 Prozent des BIP. Die Ausnahmen waren Slowenien (23,3 Prozent), Kroatien (21,3 Prozent) und Polen (20,3 Prozent). Am niedrigsten waren die entsprechenden Werte in Rumänien (14,6 Prozent), Lettland (15,2 Prozent) und Litauen (15,4 Prozent). Auffallend niedrig war der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP zudem in Irland (15,8 Prozent).

Allerdings kann das Versorgungsniveau auch dann hoch sein, wenn der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP relativ niedrig ist. So betrug der entsprechende Anteil am BIP in Luxemburg im Jahr 2016 lediglich 22,0 Prozent. Gleichzeitig ist Luxemburg seit Jahren der Staat mit den höchsten Sozialschutzausgaben pro Kopf. Unter Berücksichtigung der Kaufkraft lagen die Sozialschutzausgaben in Luxemburg mit einem Indexwert von 176 im Jahr 2016 weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU-28 = 100). Dies ist möglich, weil das BIP pro Kopf Luxemburgs das aller anderen europäischen Staaten deutlich übersteigt.

Bezogen auf die 31 hier betrachteten Staaten folgten auf Luxemburg Norwegen (152), die Schweiz (147), Österreich (135), Deutschland (133), Dänemark und die Niederlande (132) sowie Frankreich (131). Auf der anderen Seite waren die kaufkraftgewichteten Sozialschutzausgaben pro Kopf am niedrigsten in Serbien (29), Rumänien (32), Bulgarien (33), Lettland (35), Litauen (43), Kroatien (46), Estland (47) und Ungarn (49).

Die Sozialsysteme werden aus verschiedenen Quellen finanziert. Die Einnahmen umfassen die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, die Sozialbeiträge der Versicherten bzw. geschützten Personen, staatliche Zuwendungen und sonstige Einnahmen (zum Beispiel Zinsen, Dividenden, Mieten). Im Jahr 2016 hatten die staatlichen Zuwendungen mit 40,4 Prozent den größten Anteil an den Sozialschutzeinnahmen (2000: 35,4 Prozent). Darauf folgten die Sozialbeiträge der Arbeitgeber mit 34,9 Prozent (2000: 38,7 Prozent). Der von den Versicherten aufgebrachte Anteil belief sich 2016 auf knapp ein Fünftel (19,7 Prozent) und die verbleibenden 5,1 Prozent waren sonstige Einnahmen.

Datenquelle

Eurostat: Online-Datenbank: Sozialschutzausgaben: Expenditure, Receipts by type (Stand: 01/2019)

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Informationen zum **Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf** erhalten Sie hier: <http://www.bpb.de/70546>

Weitere Informationen zur **Entwicklung des BIP 2008/2009** erhalten Sie hier: <http://www.bpb.de/70549>

Die **Sozialschutzausgaben pro Kopf** werden relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-28 = 100) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so liegen die Sozialschutzausgaben dieses Landes über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in **Kaufkraftstandards (KKS)** ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige Ländervergleiche ermöglicht.

Die **Daten zu Sozialschutzausgaben und -einnahmen** werden nach der Methodik des Europäischen Systems integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) erstellt. Das ESSOSS wurde entwickelt, um die Finanzströme im Bereich des Sozialschutzes zwischen den Mitgliedstaaten vergleichen zu können. Detailliert Informationen finden Sie hier: <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:European_system_of_integrated_social_protection_statistics_(ESSPROS)/de>

**Euroraum (19 Länder):** Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

Informationen zur **Erweiterung der Europäischen Union** erhalten Sie hier: <http://www.bpb.de/70493>

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz by-nc-nd/3.0/de/ veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | www.bpb.de